

Die Soziologin und Genderforscherin Franziska Schutzbach doziert an der Universität Basel und fällt in den Medien auf problematische Art und Weise mit antidemokratischen Äusserungen auf. Taxiunternehmen, Hotelbetriebe und Airlines sollen gewisse Politiker boykottieren, damit sie aus der Gesellschaft eliminiert werden. Zudem fordert die Dozentin, dass man Volksabstimmungen, welche nicht nach ihrem Wunsch ausgegangen sind, nicht umsetzen soll. (Vergleich ganzer Bericht: <https://bazonline.ch/basel/stadt/dozentin-schreibt-gegen-die-meinungsfreiheit/story/24968932>).

Der Interpellant bittet den Regierungsrat um Antworten zu folgenden Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat solche Aussagen einer Lehrbeauftragten an der Universität Basel als problematisch?
 2. Wie stellt der Regierungsrat und die Universität Basel sicher, dass Frau Schutzbach solche Aussagen nicht im Rahmen von Uni-Vorlesungen von sich gibt?
 3. Sind aus Sicht des Regierungsrates solche demokratiefeindlichen Haltungen gegenüber Andersdenkenden mit Lehre und Forschung an der Universität vereinbar?
 4. An der Universität Basel herrscht ein neutrales intellektuelles Klima des Lernens: Gibt es abgesehen von einer Entlassung von Frau Schutzbach noch andere Optionen, um dieses Klima weiterhin sicherzustellen?
 5. In einem Interview zum gleichen Thema auf watson.ch wurde Frau Schutzbach wörtlich zitiert und sie erwähnte das Wort Taxifahrer nur in der männlichen Form. Steht diese frauenfeindliche Nichterwähnung von Taxifahrerinnen nicht in einem Widerspruch zu den Genderwissenschaften?
 6. Hält der Regierungsrat, angesichts dieser nachweislich antidemokratischen Haltung von Frau Schutzbach, an ihr als Mitglied der durch den Regierungsrat gewählten Gleichstellungskommission des Kantons Basel-Stadt fest?
- 6.1 Falls ja, wie lässt sich dieses Festhalten angesichts dieser Äusserungen von Frau Schutzbach noch rechtfertigen?

Pascal Messerli